

**3840/J XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 07.05.2002**

## **Anfrage**

der Abgeordneten Stefan Prähauser  
und Genossinnen  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend Flüchtlingsbetreuung

Österreich verfügt über mehrere Betreuungsstellen für Asylwerber mit einer Gesamtkapazität von etwa 2.000 Plätzen. Sie befinden sich in Traiskirchen, Reichenau, Vorderbrühl, Bad Kreuzen, Thalham und Wien. Vor allem das überlastete und sich durch katastrophale Zustände auszeichnende Flüchtlingslager Traiskirchen, wo ca. 1000 Asylwerber untergebracht sind, ist hier zu nennen. Asylwerber werden auch in Gasthöfen untergebracht, sodass der Bund nur ca. ein Drittel der Asylsuchenden beherbergt.

Die Flüchtlingspolitik in einem der reichsten Länder der Erde zeichnet sich neben einer viel zu langen Dauer der Bearbeitung der Asylverfahren dadurch aus, dass im vergangenen Winter zwischen 50 und 100 Asylsuchende wegen der Untätigkeit der Bundesregierung bei Temperaturen bis minus 20 Grad auf der Straße schlafen mussten. Die Unterbringungsstätten von Vereinen sind hoffnungslos überfüllt, täglich müssen Flüchtlinge in Österreich auf dem Boden schlafen. Die anklagenden Berichte von Organisationen wie der UN-Kommission für Flüchtlinge (UNHCR) sind Beleg für die teilweise katastrophalen Zustände in der Flüchtlingsbetreuung.

Nun soll - so wurde es in einigen Medien kolportiert - neben dem alten Lager Traiskirchen ein zweites im Westen Österreichs als zentrales Flüchtlingslager errichtet werden. Dabei wurde das Gelände der ehemaligen Struber-Kaserne in der Stadt Salzburg im Stadtteil Taxham ins Spiel gebracht. Taxham hat eine hohe Wohndichte und die Bevölkerung vor Ort ist bereits durch kommende Großprojekte wie Europark II, das geplante Spaßbad oder das unmittelbar angrenzende neue Fußballstadion verunsichert. Es erscheint deshalb als nicht zielführend, in einem Stadtteil mit derart ausgeprägter Infrastruktur und dem damit verbundenen Verkehrsaufkommen ein großes Flüchtlingslager anzusiedeln.

Die Bevölkerung verlangt nun völlig zu Recht Klarheit über die Pläne des Innenministeriums für eine mögliche Flüchtlingsanlaufstelle oder sogar ein Flüchtlingslager in der Salzburger Struberkaserne. Mittlerweile gibt es zwar öffentliche Dementis aus dem Innenministerium, aber in den betroffenen Stadtteilen herrschen dennoch Unsicherheit und Misstrauen vor, zumal auch Salzburger FPÖ-Abgeordnete den Beteuerungen aus dem Innenministerium wenig Glauben schenken.

Salzburg hat sich bisher immer offen bei der Aufnahme von Flüchtlingen gezeigt, aber die Unterbringung einer derart großen Zahl von Menschen in einer ehemaligen Kaserne kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Das ist weder für die Menschen, die dort möglicherweise untergebracht werden sollen, noch für die Bevölkerung der umliegenden Stadtteile akzeptabel.

Aber auch die oben angeführten katastrophalen Zustände in der Flüchtlingsbetreuung sind nicht akzeptabel.

Aus diesen Gründen stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres folgende

**Anfrage:**

1. Wie viele Flüchtlinge sollen in der ehemaligen Struber-Kaserne beherbergt werden?
2. Stimmt es, dass das Innenministerium bei der Heeresbauverwaltung bzw. der Bundesimmobiliengesellschaft Bedarf an der ehemaligen Struber-Kaserne angemeldet hat? Wenn ja, wann wurde der Bedarf angemeldet und was steht in der Bedarfsanmeldung?
3. Wurde die Bedarfsmeldung Struber-Kaserne wieder zurückgezogen?
4. Erscheint es Ihnen sinnvoll, einen bereits durch hohe Wohndichte und große Bauprojekte gekennzeichneten Stadtteil weiter zu belasten?
5. Ist schon eine Entscheidung bezüglich eines weiteren im Westen Österreichs gelegenen Flüchtlingslagers bzw. einer Flüchtlingsanlaufstelle gefallen? Wenn nein, welche Standorte werden in die Überlegungen miteinbezogen?
6. Halten sie die zentrale Erfassung von Flüchtlingen in großen Lagern für zeitgemäß und sinnvoll?
7. Wie wollen sie eine Ghettobildung in den großen Lagern verhindern?
8. Gibt es Pläne zum Ausbau der dezentralen Flüchtlingsbetreuung? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
9. Ist es richtig, dass im vergangenen Winter zwischen 50 und 100 Asylsuchende bei Temperaturen bis minus 20 Grad auf der Straße schlafen mussten. Wenn ja, warum und was wollen sie unternehmen, damit sich eine solche Situation nicht wiederholt?